ver.di TARIFBEWEGUNG extra 04/14

21. März 2014

Schwierige Verhandlungen – noch keine Einigung!

Insbesondere beim Geld liegen die Positionen noch weit auseinander.

Am 20. und 21. März 2014 wurden die Tarifverhandlungen für den öffentlichen Dienst beim Bund und den Kommunen in Potsdam fortgesetzt. ver.di will ein Ergebnis am Verhandlungstisch erreichen. Die Warnstreiks der letzten Tage müssen vor dem dritten Verhandlungstermin verstärkt werden.

Für diese Forderungen lohnt es sich, den Druck zu erhöhen:

- 100 Euro und anschließend
- 3,5 Prozent mehr
- 30 Tage Urlaub für alle
- verbindliche Übernahmeregelung für Auszubildende
- Ausschluss sachgrundloser Befristungen
- 70 Euro Nahverkehrszulage und
- Angleichung des Nachtarbeitszuschlags in den Krankenhäusern

Die Arbeitgeber sagen: Es besteht kein Nachholbedarf bei den Einkommen der Beschäftigten des öffentlichen Dienstes. Einschließlich des Tarifabschlusses von 2012 seien die Gehälter seit 2008 um 20 Prozent gestiegen.
ver.di antwortet: Die Schere zwischen den Einkommen der Privatwirtschaft und den Einkommen im öffentlichen Dienst klafft immer noch auseinander. Seit 2000 ist die Einkommensentwicklung im öffentlichen Dienst hinter dem Durchschnitt aller Branchen zurückgeblieben. Die Beschäftigten im öffentlichen Dienst müssen am Wirtschaftswachstum teilhaben. Die konjunkturelle Entwicklung führt zu einer guten Entwicklung der öffentlichen Haushalte. Im Schnitt steigt der Überschuss der kommunalen Haushalte.

Die Arbeitgeber sagen: Ein Sockelbetrag führt zu überproportionalen Steigerungen der unteren Entgeltgruppen und gefährde

Arbeitsplätze. Er verkleinere den Verteilungsspielraum zu lasten der höheren Entgeltgruppen und würde den Privatisierungsdruck erhöhen.
ver.di antwortet: Es ist Zeit, dass die unteren Entgeltgruppen überproportional gesteigert werden. Auch mit dem Einkommen, das in diesen Entgeltgruppen erzielt wird, muss es möglich sein, seine Existenz zu bestreiten. Ihre Argumentation ist darauf angelegt, die Belegschaften zu spalten. Sie versuchen damit, die Beschäftigten der unteren, mittleren und höheren Einkommensgruppen gegeneinander auszuspielen.

Das Privatisierungsargument greift nicht. Viele Kommunen haben feststellen müssen, dass sie mit der Privatisierung eigener Leistungen am Ende Geld draufflegen, ganz zu schweigen von dem Rückgang der Qualität. Oft wird es am Ende sogar noch teurer als vorher. Viele Kommunen sind deshalb dabei, privatisierte Bereiche wieder in Eigenregie zu erledigen.

Die Arbeitgeber sagen: Eine tarifvertragliche Verpflichtung, auch über den Bedarf Ausgebildete übernehmen zu müssen, führt zu einem Abbau von Ausbildungsplätzen. Sie erwarten eine höhere Flexibilität der Ausgebildeten. Bundesinnenminister de Maizière: „Lehrjahre sind keine Herrenjahre."
ver.di antwortet: Gerade der öffentliche Dienst sollte mit gutem Beispiel vorangehen und Ausbildungsplätze anbieten. Immer noch gibt es zu viele Schulabgänger, die ohne Ausbildungsplatz dastehen. Junge Menschen brauchen Perspektiven. Deshalb muss eine verbindliche Übernahmeregelung her. In den nächsten Jahren werden Hunderttausende Beschäftigte des öffentlichen Dienstes altersbedingt ausscheiden.

- Es wäre klug, durch gut ausgebildete junge Menschen dem Fachkräftemangel entgegenzuwirken.
- Es wäre klug, mit selbst ausgebildeten Nachwuchskräften den öffentlichen Dienst fit für die Zukunft zu machen.

Die Arbeitgeber sagen: Sie wollen an der sachgrundlosen Befristung festhalten. Die Bundesregierung würde an den gesetzlichen Regelungen nichts ändern wollen und an tarifvertraglichen Regelungen besteht kein Interesse.
ver.di antwortet: Wer ist von Befristungen betroffen? Häufig junge Menschen, die hervorragend ausgebildet sind. Sie haben keine ausreichenden beruflichen Perspektiven. Ganz zu schweigen von der Ungewissheit für die Betroffenen. Wenn die Jugend von heute unsere Zukunft ist, müssen sachgrundlose Befristungen der Vergangenheit angehören. Bereits heute gibt es im öffentlichen Dienst Bereiche, in denen Fachkräftemangel herrscht. Es ist also höchste Zeit, mit der Praxis der befristeten Beschäftigung Schluss zu machen. Sachgrundlose Befristungen müssen ausgeschlossen sein.

Vorausschauendes Handeln ist das Gebot der Gegenwart!

Die Arbeitgeber sagen: 30 Tage Urlaub für alle würden zu erheblichen zusätzlichen Personalkosten führen.
ver.di antwortet: Höhere Personalkosten entstehen nur dann, wenn für die Urlaubstage 1:1 Personal eingestellt werden würde. Aber wo passiert das schon?

Die Arbeitgeber sagen: Die Forderung nach einer Nahverkehrszulage von 70 Euro bedeutet einen zusätzlichen Anstieg der Lohnkosten und schwächt die Wettbewerbsfähigkeit. Es gibt keine Personalgewinnungsprobleme.
ver.di antwortet: Die Beschäftigten im öffentlichen Nahverkehr leisten eine anspruchsvolle Arbeit. Sie erbringen eine hervorragende Dienstleistung für die ÖPNV-Nutzer/-innen. Sie arbeiten im Schichtdienst unter sehr belastenden Rahmenbedingungen. Die Nahverkehrsunternehmen suchen händeringend nach qualifiziertem Personal. Auch für die Beschäftigten im öffentlichen Nahverkehr gilt, dass mit dem Einkommen die Existenz gesichert sein muss.

Unsere Forderungen sind berechtigt und unsere Argumente sind besser. Die Verhandlungen werden am 31. März und 1. April 2014 in Potsdam fortgesetzt. Wir erwarten ein verhandlungsfähiges Angebot von den Arbeitgebern. Deswegen müssen die Warnstreiks verstärkt werden. Die Beschäftigten des Bundes und der Kommunen werden deutlich machen, dass ihre Forderung nicht maßlos ist. Geld ist genug da!

Gute Arbeit – Gute Leute – Gutes Geld
Wir sind es wert!

Die Beschäftigten im öffentlichen Dienst leisten tagtäglich gute Arbeit. Ohne sie würde unser Staat nicht funktionieren. Nicht in Kitas, in Schulen, im öffentlichen Nahverkehr, in Krankenhäusern, in der Altenpflege, nicht bei Energie- und Wasserversorgung, bei der Müllabfuhr, den Flughäfen, der Straßenreinigung, bei Sparkassen, der Grünflächenunterhaltung, der sozialen Arbeit und den anderen Bereichen. Dafür verdienen sie Anerkennung. Gute Bezahlung ist Anerkennung!

Jetzt kommt es auf uns alle an!

ver.di

Nach dem Nullangebot ging

110.000 im

Hamburg
Auch die Kleinen unterstützen die Großen.

Stuttgart
In der Stadt am Neckar demonstrierten 5.000 ver.di-Mitglieder auf dem Schloßplatz für ihre Forderungen.

Regensburg
Sehr gut besucht war das ver.di-Streiklokal in der Innenstadt.

München
Trotz Lächeln ernsthaft in der Sache – auch in München wurden lautstark unsere Forderungen vertreten.

Hamburg
In Hamburg waren Schwerpunkte der Streiks die Kitas und die Port Authority und auch die Stadtreinigung.

Wuppertal
Zeit für Helden – die ver.di Jugend in Wuppertal zeigte Stärke.

die erste Runde klar an ver.di

Warnstreik

München
Eine aktive Jugend macht ver.di stark.

Idar Oberstein
In der Pfalz nahmen 200 Beschäftigte der Kliniken an den Warnstreiks teil.

Mülheim
Nichts ging mehr in Mülheim. Hunderte von Beschäftigte bei Ämtern und im Nahverkehr gingen auf die Straße.

Hannover
Neben der Forderung nach fairer Bezahlung streiten die Angestellten der Sparkassen auch gegen den Verkaufsdruck und das Vertriebscontrolling.

Bremen
2000 Streikende zogen lautstark durch Bremens Straßen.

Mehr Infos unter:
www.wirdieguten.de
www.tarif-oed.verdi.de
http://mitgliedernetz.verdi.de/

Roter Teppich für die wirklich wichtigen Menschen

Roter Teppich einmal anders. Seit dem 11. Februar 2014 liefen die wirklich wichtigen Menschen in vielen Städten über den roten Teppich. Das sind die Beschäftigten, die tagtäglich für die Bürgerinnen und Bürger wichtige und wertvolle Dienstleistungen erbringen. Mit dabei waren u. a. Beschäftigte aus dem Krankenhaus, den Sparkassen, der Straßenreinigung, der Müllabfuhr, den Kindertageseinrichtungen, den Stadtwerken, dem Nahverkehr, der Grünpflege, der allgemeinen Verwaltung, dem Zoll, der Wasser- und Schifffahrtsverwaltung, der sozialen Arbeit, aus den Theatern und Musikschulen.

Liebe Kollegin, Lieber Kollege,

nur im Märchen fallen Taler vom Himmel. Im wirklichen Leben müssen **gute Löhne** für **gute Arbeit** entschieden eingefordert, hart verhandelt und notfalls auch erkämpft werden. In diesem Jahr gilt das für die Beschäftigten bei Bund und Kommunen, also für Sie.

Wir von ver.di sagen: Die Beschäftigten brauchen **mehr Geld.** Trotz des guten Tarifabschlusses 2012 hinkt der öffentliche Dienst den Einkommen anderer Branchen immer noch hinterher. Die Steuereinnahmen sprudeln und das muss sich für die Beschäftigten auszahlen. Denn sie leisten gute Arbeit.

Aber: Gute Argumente reichen nicht. Jetzt aktiv die Forderung unterstützen, ver.di-Mitglied werden und im Streik abgesichert sein.

Falls Sie das auch so sehen:

Herzlich willkommen!
In einer starken Gemeinschaft

...TRITT HEREIN ver.di

BEITRITTSERKLÄRUNG

Name
Vorname
Straße, Nr.
PLZ, Ort
Geburtsdatum | Telefon
E-Mail
Nationalität | Geschlecht ☐ weiblich ☐ männlich
Beschäftigt als ☐ Arbeiter/in ☐ Angestellte/r ☐ Beamte/r ☐ Do-Angestellte/r ☐ Azubi bis | ☐ Anwärter/in bis
Dienststelle
PLZ, Ort
monatlicher Bruttoverdienst | Beitrags-zahlungen ab

Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft · Gläubiger-Identifikationsnummer: DE61ZZZ00000101497 · Die Mandatsreferenz wird separat mitgeteilt.

SEPA-Lastschriftmandat
Ich ermächtige ver.di, Zahlungen von meinem Konto mittels Lastschrift einzuziehen. Zugleich weise ich mein Kreditinstitut an, die von ver.di auf mein Konto gezogenen Lastschriften einzulösen. Hinweis: Ich kann innerhalb von acht Wochen, beginnend mit dem Belastungsdatum, die Erstattung des belasteten Betrages verlangen. Es gelten dabei die mit meinem Kreditinstitut vereinbarten Bedingungen.

Zahlungsweise ☐ zur Monatsmitte ☐ zum Monatsende
IBAN
BIC
Bankinstitut
Datum | Unterschrift

Werber/in
Name
Mitglied, Nr.

Datenschutz
Die mit diesem Beitrittsformular erhobenen personenbezogenen Daten, deren Änderungen und Ergänzungen werden ausschließlich gem. § 28 Abs. 9 Bundesdatenschutzgesetz (BDSG) erhoben, verarbeitet und genutzt. Sie dienen dem Zweck der Begründung und Verwaltung Ihrer Mitgliedschaft. Eine Datenweitergabe an Dritte erfolgt ausschließlich im Rahmen dieser Zweckbestimmung und sofern und soweit diese von ver.di ermächtigt oder beauftragt worden sind und auf das Bundesdatenschutzgesetz verpflichtet wurden. Ergänzend gelten die Regelungen des Bundesdatenschutzgesetzes in der jeweiligen Fassung.

Herausgeber: Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft – ver.di, Paula-Thiede-Ufer 10, 10179 Berlin, Verantwortlich: Frank Bsirske, Achim Meerkamp; Bearbeitung: Onno Dannenberg und Hardy Liebrich; Fotos: dpa, Kay Herschelmann, Tom Talsky; Satzerstellung: VH-7 Medienküche GmbH, 70372 Stuttgart; Druck: alpha print medien AG, Darmstadt; W-3249-49-0314